



Neuer Entwurf des Sporterlasses inakzeptabel

Der Anfang Februar von Innenminister Ingo Wolf (FDP) vorgelegte neue Entwurf für einen Sporterlass für die Polizei bietet zwar Verbesserungen im Detail, greift aber die seit mehr als einem Jahr von der GdP formulierte grundsätzliche Kritik am Konzept des Sporterlasses nicht auf.

Ginge es nach dem Innenminister, dann gäbe es bei der Polizei auch in den nächsten Jahren kein Gesundheitsmanagement. Dem Innenminister reicht ein Sporterlass, bei dem die Beschäftigten selbst für ihre körperliche Fitness verantwortlich sind, nicht ihr Dienstherr. Beim geplanten Sporterlass ist der Innenminister deshalb nur zu marginalen Zugeständnissen bereit: Das Förderprogramm soll von zwei auf drei Stunden pro Monat ausgeweitet, der Dienstsport von 24 auf 36 Stunden pro Jahr erweitert, die Zeitgutschrift für Kolleginnen und Kollegen, die außerdienstlich das Deutsche Sportabzeichen erwerben, von 16 auf 28 Stunden aufgestockt und die Verpflichtung zum Nachweis des Rettungsschwimmers auf das 58. Lebensjahr begrenzt werden. Das war's. Mehr Verbesserungen stehen im neuen Entwurf für den Sporterlass nicht drin.

Sporterlass kein Ersatz für Gesundheitsmanagement

Wieder einmal ist zu erkennen, dass der Innenminister nicht bereit ist, bei der Polizei ein zukunftsorientiertes Gesundheitsmanagement zu entwickeln. Wer aber glaubt, dass er mit einer Veränderung des Dienstsports allein die Probleme der demographischen Entwicklung bei der Polizei lösen könnte, hat die Gesamtsituation nicht erkannt. Ein modernes, funktionierendes Gesundheitsmanagement kostet Personal und Geld. Diese Ausgaben lohnen sich jedoch, weil sie sich bereits in den kommenden Jahren auszahlen werden. An der dazu notwendigen Zukunftsperspektive fehlt es aber im vorliegenden Erlass. Das gilt auch für die Details: Völlig ungeklärt ist in dem Entwurf zum Beispiel, wer die Organisation und Durchführung des Dienstsportes koordinieren soll. Aus Sicht der GdP geht dies nur mit Sportbe-

auftragten, Übungsleitern und anderen Sachkundigen. Ziel muss es sein, die ca. 20 bis 25 Prozent der Kolleginnen und Kollegen, die bisher die positiven Wirkungen des Dienstsportes nicht genutzt haben, leistungsmäßig dort abzuholen, wo sie sich aktuell befinden. Das schaffe ich jedoch nicht, indem ich als erste Maßnahme diese Zielgruppe mit verpflichtenden Leistungsnachweisen verschrecke.

Die GdP fordert deshalb noch einmal nachdrücklich:

1. Es muss im Sporterlass eindeutig festgestellt werden, dass Dienstsport nicht in die Beliebigkeit von Behörden und Vorgesetzten gestellt wird. Vorgesetzte haben hierbei eine Vorbildfunktion. Zudem ist es Aufgabe der Behörden, eine ausreichende Zahl von Sportangeboten (z. B. nach Interessenabfrage) anzubieten. Es ist außerdem sicherzustellen, dass durch geeignete Controllinginstrumente die erbrachten Teilnahmen und Leistungen jährlich erfasst und ausgewertet werden.

2. Das Sportabzeichen wird nicht verpflichtend eingeführt, da sportliche Aktivitäten wie Hochsprung, Weitsprung, Hocke/Grätsche über einen Kasten/Pferd bzw. Bock, Kugelstoßen, Steinstoß, Schlagball, Wurfball, Schleuderbomben, Medizinball bzw. Reck- und Bodenübungen nur wenig mit dem Polizeialltag zu tun haben. Alternativ schlägt die GdP den sogenannten Cooper-Test vor, der nach Lebensjahren und Geschlecht (siehe Sporterlass Brandenburg vom 1. 3. 2009) weiter differenziert werden kann.

Zur weiteren zusätzlichen Unterstützung der Leistungsentwicklung (positiv/negativ) bietet sich der sogenannte Polar-own-Test an, bei dem über eine Uhr am Handgelenk in einer Ruhephase (liegend auf dem Boden) die maximale Sauerstoffaufnahmekapazität vorausgesagt wird. Durch Einordnung dieses Wertes in einer Tabelle mit sieben Klassifikationen können Werte abgestuft nach der körperlichen Belastungsfähigkeit (von 1 = sehr schlechte bis 7 = ausgezeichnete Verfassung) ausgewertet werden. Hierdurch können Leistungssteigerungen er-

Kriterien für eine nachhaltige Sportförderung bei der Polizei

kannt und nachvollzogen werden. Ein Verfahren, das äußerst motivationsfördernd ist. Das Deutsche Sportabzeichen sollte allerdings als Anreiz (siehe Sporterlass Rheinland-Pfalz) genutzt und beibehalten werden. Bei freiwilliger Ablegung müsste eine Stundengutschrift von 16 Stunden erfolgen.

3. Die sogenannte Rettungsübung stößt im gesamten Land auf breite Ablehnung,



sowohl bei den Behörden als auch bei den Kolleginnen und Kollegen. Sie ist zudem im Sporterlass völlig falsch positioniert, weil hier die sportliche Betätigung im Vordergrund stehen sollte. Bei der Rettungs-

→ Seite 2





Wir aus eurer Mitte,
nehmen eure Rechte
und Interessen wahr

Eure Spitzenkandidatinnen
und -kandidaten für
die Polizei-Hauptjugend- und
Auszubildendenvertretung
(PHJAV) beim Innenministerium



Alexander Koch,
05.11.1983
Kommissaranwärter,
PP Münster



Inga Pleger,
27.08.1986
Kommissaranwärterin,
PP Köln



Katrin Haverkamp,
09.05.1987
Kommissaranwärterin,
PP Duisburg



Ernst Herget,
06.08.1985
Kommissaranwärter,
PP Hagen



Larissa Mische,
25.07.1974
Kommissaranwärterin,
PP Bielefeld

Wir sind für euch da,
wo die Entscheidungen getroffen werden

Eure Spitzenkandidatinnen
und Spitzenkandidaten für
die örtliche Polizei-
Jugend- und Auszubilden-
denvertretung bei den
Ausbildungsbehörden und
dem LZPD.



Christian Sell,
10.02.1989
Kommissaranwärter,
PP Münster



René Berg,
17.05.1985
Kommissaranwärter,
PP Köln



Stefanie Hoffmann-Laschett,
08.01.1983
Kommissaranwärterin,
PP Duisburg



Anna-Christina Mücklinghoff,
30.10.1984
Kommissarin,
PP Gelsenkirchen



Larissa Mische,
25.07.1974
Kommissaranwärterin,
PP Bielefeld



Carina Fintefeldt,
28.02.1983
Kommissarin,
PP Hagen



Neke Neumann,
13.01.1987
Kommissaranwärter,
PP Düsseldorf



Stephanie Arning,
11.07.1984
Kommissaranwärterin,
PP Aachen



Stefan Gutschalk,
25.07.1987
Kommissaranwärter,
PP Dortmund



Maximilian Handdache,
07.02.1989
Kommissaranwärter,
PP Bonn



Uwe Sobr,
31.01.1984
Auszubildender,
LZPD

Alle zwei Jahre wird die Jugend- und Auszubildendenvertretung bei der Polizei neu gewählt. In diesem Jahr vom 7. bis 9. April. Der im Vergleich zu den Personalratswahlen kürzere Wahlrhythmus und der im Vergleich zu anderen Branchen spätere Wahltermin macht Sinn: Möglichst viele Auszubildende und Kommissaranwärterinnen und -anwärter sollen sich dadurch an der Wahl beteiligen können, auch die vergangenen September neu eingestellten Bachelor-Studenten. Denn ei-

ne starke Wahlbeteiligung stärkt den JAV-Mitgliedern den Rücken bei der Durchsetzung der Interessen der Auszubildenden und Studierenden gegenüber den Vorgesetzten.

Die GdP tritt in allen zehn örtlichen JAV-Wahlen und bei der Wahl der Polizei-Haupt-Jugend- und Auszubildendenvertretung als „Liste 1“ an. Den Wahl-Flyer der GdP gibt es auch zum Download: www.gdp-nrw.de

Fortsetzung von Seite 1

übung geht es aber in erster Linie um die Vermittlung von Techniken (Befreiungstechniken), nicht um sportliche Leistungsfähigkeit. Die Vermittlung von Grundfertigkeiten gehört aber in den Bereich ET 24 und nicht in den Sportlerlass.

Wenn der Innenminister dennoch den Plan weiter verfolgen sollte, die Rettungsübung bei der Polizei einzuführen, dann bleibt es ihm unbelassen, dieses Element in den Bereich ET 24 einzuführen. Er ist dann aber auch für die Lösung der Probleme verantwortlich, die dadurch entstehen, dass in großen Teilen Nordrhein-Westfalens keine oder zu wenige Schwimmhallen zur Verfügung stehen, um alle 40 000 betroffenen Kolleginnen und Kollegen bei der Polizei entsprechend zu trainieren.

4. Leider nutzt der Erlassentwurf auch nicht die Chance, sich an der Lebensreali-

tät der Polizeibeamtinnen und -beamten zu orientieren: Eine Vielzahl von Kolleginnen und Kollegen, insbesondere aus dem Wachdienst, trainieren heute in qualifizierten Gesundheitszentren und Fitnessstudios. Dies geschieht unter ständiger Beratung, Betreuung und Kontrolle von ausgebildeten Trainern und Ärzten. Aus diesem Grund ist es überfällig, diesen Bereich in die Palette der Sportangebote bei der Polizei aufzunehmen und die dort geleisteten Trainingseinheiten unter den Dienstunfallschutz zu stellen. Auch dazu schweigt der geplante Erlass.

Keine Trennung von Sport- und Gesundheitsförderung

Die vier genannten Kritikpunkte sind bei weitem nicht die Einzigen. Fragen nach der Zahl der Sportstätten in den Behörden, der Kostenerstattung für deren

Nutzung, der Anzahl der vorhandenen Übungsleiter, der Sinnhaftigkeit eines BMI-Testes usw. sind ebenfalls völlig ungeklärt.

„Sieht man den neuen Sportlerlass als Start zu einem Gesundheitsmanagement bei der

Polizei, so kann man deshalb nur von einem klassischen Fehlstart sprechen“, warnt GdP-Vorsitzender Frank Richter. „Es entsteht wieder einmal der Eindruck, dass der Innenminister die Kolleginnen und Kollegen nicht mitnehmen will, sondern dass er von oben herab verordnet.“ Dienstsport ja, verpflichtende Leistungsabnahme ja, aber am besten in der Freizeit – so lautet offenbar die Parole im Ministerium. Nehmen Kolleginnen und Kollegen am Dienstsport teil und erbringen zusätzliche Leistungen, dann werden ihnen die dazu notwendigen Stunden aberkannt – so sieht die Praxis dieser Art von „Sportförderung“ aus.

„Das ist umso unverständlicher, als der Innenminister ja auch der Sportminister dieses Landes ist“, kritisiert Richter. Nach Erhebungen der GdP wird der Entwurf für den Sportlerlass landesweit abgelehnt. Niemand erwartet von ihm eine positive Wirkung. Erwartet wird von den Polizeibeamten in NRW stattdessen nicht nur ein Sportlerlass, der diesen Namen wirklich verdient, sondern endlich auch der Beginn eines Gesundheitsmanagements bei der Polizei. „Das ist überfällig“, mahnt Richter. „Schließlich hat die Landesregierung durch ihre verfehlte Einstellungspolitik der vergangenen Jahre selbst maßgeblich dazu beigetragen, dass schon in wenigen Jahren in den meisten Polizeidienststellen die Mehrheit aller Kolleginnen und Kollegen älter als 50 Jahre sein wird.“

Anzeige

Profitieren Sie von Ihrem Berufsstand! Senken Sie Ihre Belastung!

TOP-Konditionen für Beamte und Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst für private Anschaffungen/als Entschuldungsprogramm

Mit Festzinsgarantie über 12, 15 oder 20 Jahre; ab 5,50%, eff. 5,88% schnelle Abwicklung; bis 80.000 Euro

Beamtenwirtschaftsservice

Alfred Jaeger

Hermann-Löns-Weg 12

51580 Reichshof

Tel.: 0 22 96-90 87 28

Fax: 0 22 96-90 89 60

E-Mail: alfred-jaeger@t-online.de



POLITIK IN NRW

Gleich drei Mal sind GdP-Mitglieder aus Nordrhein-Westfalen in den vergangenen Wochen für eine faire Bezahlung im öffentlichen Dienst auf die Straße gegangen: erst am 3. Februar beim bundesweiten Polizeiaktionstag in Hannover, dann am 10. Februar gemeinsam mit GEW, ver.di und DGB vor der Düsseldorfer Staatskanzlei (Landesjournal 3/2009) und schließlich am 27. Februar gemeinsam mit den DGB-Gewerkschaften und dem Beamtenbund erneut in Düsseldorf (Fotos).

Jedes Mal waren es mehrere Tausend GdP-Mitglieder, die das Gesicht der Demonstrationen entscheidend geprägt haben. Polizeibeamte und Tarifbeschäftigte aus dem Polizeibereich waren nicht nur in etlichen Medienberichten das zentrale Fotomotiv, sondern sie waren bei allen drei Demonstrationen die mit Abstand größte Berufsgruppe. Von der GdP ist 2009 ein Signal ausgegangen, dass auch bei den öffentlichen Arbeitgebern angekommen ist: Die Hoffnung der Politiker, die Gewerkschaften durch eine Aufspaltung des öffentlichen Dienstes in eine Vielzahl unterschiedlicher Tarifverträge auf Dauer schwächen zu können, ist nicht aufgegangen. Auch wenn heute nicht mehr die Mitarbeiter der Müllabfuhr und die Straßenbahnfahrer für die Beschäftigten bei der Polizei, in den Schulen und Krankenhäusern des Landes streiken können, sind die Gewerkschaften nicht wehrlos. Mit der GdP, das weiß jetzt die Politik, muss sie auch in künftigen Tarifeinensetzungen rechnen.

Von der Tarifeinensetzung 2009 ist noch ein zweites Signal ausgegangen: Die Hoffnung der Landesregierungen – nicht nur der von NRW – die Beschäftigten in zwei Gruppen spalten zu können – in Tarifbeschäftigte, die für sich allein genommen nur eingeschränkt streikfähig sind, und in Beamte, die nicht streiken dürfen – ist ebenfalls nicht aufgegangen. Zu Tausenden sind Polizeibeamte und verbeamtete Lehrer, um nur zwei Berufsgruppen zu nennen, in der Tarifrunde 2009 gemeinsam mit den Tarifbeschäftigten auf die Straße gegangen. Sie haben deshalb auch einen Anspruch auf die zeit- und inhalts-gleiche Übertragung des Tarifabschlusses.



Rüttgers riskiert seinen guten Ruf bei der Polizei

Die Ansage war klar und unmissverständlich. „Der Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst wird 1:1 für die Beamten übernommen“ – mehr als einmal hat Rüttgers dieses Versprechen abgegeben, bis in die vergangenen Wochen hinein. Und sich so in der Öffentlichkeit als solider, verlässlicher Politiker präsentiert.

Jetzt, nach dem Potsdamer Abschluss, soll das alles nicht mehr gelten. Jetzt wackelt Rüttgers. Jetzt schlägt im Kabinett die Stunde der Trickser und Täuscher. Ist in Kabinettsvorlagen plötzlich nicht mehr von der „zeit- und inhalts-gleichen Übernahme“ des Tarifabschlusses die Rede, sondern von einer „wirkungsgleichen Übernahme“. So, als ob Polizisten nicht rechnen könnten. Als ob sich die Öffentlichkeit so einfach mit einem plumpen Taschenspielertrick täuschen lassen würde. Und das alles für 20 Euro.

Denn um diesen Betrag sollen die Beamten betrogen werden. Monat für Monat.

Noch hält sich Rüttgers mit öffentlichen Äußerungen zurück. Noch schickt er seinen Finanzminister vor, damit der mit gewagten Äußerungen testen kann, was geht und was nicht. Aber so funktioniert das nicht. So einfach kann sich Rüttgers nicht aus der Affäre ziehen, wenn er seinen guten Ruf bei der Polizei nicht noch weiter ramponieren will. Denn Rüttgers hat bei der Polizei einen Ruf zu verlieren.

Wenn man nicht weiter weiß, hilft manchmal ein Blick über die Grenze. Kann der Weg, den andere gehen, einem selber weiterhelfen. Das könnte auch Rüttgers nicht schaden. Ein Blick nach Baden-Württemberg zum Beispiel. Oder nach Hamburg. Nach Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein oder beispielsweise Sachsen. Die dortigen Landesre-

gierungen sind nämlich klüger. Sie wollen den Tarifabschluss 1:1 übernehmen. Ohne Trickereien. Länder übrigens, in denen nicht nur die SPD regiert, sondern auch die CDU.



Ministerpräsident Jürgen Rüttgers soll sich an den anderen Ländern ein Beispiel nehmen und seinen guten Ruf bei der Polizei nicht wegen 20 Euro aufs Spiel setzen, fordert Frank Richter.

Versammlungsrecht – Polizei zwischen den Fronten

Seit Jahren wächst die Zahl der Demonstrationen, bei denen die Polizei zwischen die politischen Fronten gerät. Der Streit um das Abhängen der israelischen Flagge bei einer Pro-Palästina-Demonstration Anfang Januar in Duisburg und die Auseinandersetzungen um die Antislamkonferenz der rechtspopulistischen Initiative „Pro Köln“ im vergangenen Jahr sind nur zwei Beispiele dafür, wie selbst die im Landtag vertretenen Parteien das gleiche Verhalten der Polizei mit vollkommen unterschiedlichen Maßstäben bewerten. Je nachdem, ob es ihrer eigenen politischen Position nutzt oder nicht. Die Polizei kann das nicht. Sie muss sich im politischen Richtungsstreit neutral verhalten, so will es das Grundgesetz.

In einem Hotline-Seminar hat die GdP Nordrhein-Westfalen deshalb Anfang

März beide Demonstrationen noch einmal Revue passieren lassen. Gemeinsam mit Verantwortlichen der Einsätze vor Ort, mit hochrangigen Polizeibeamten und Verfassungsjuristen haben GdP-Mitglieder, die selber als Polizeibeamte Demonstrationen begleiten, über Rahmenbedingungen und Grenzen des Demonstrationsrechts in Deutschland, über Eskalationskonzepte und Möglichkeiten zur Gefahrenabwehr diskutiert. Als Referenten haben an dem Seminar unter anderem Kuno Simon, verantwortlicher Polizeiführer des Duisburger Einsatzes, der Verfassungsexperte und frühere Bonner Polizeipräsident Michael Kniesel und NRW-Polizeiinspekteur Dieter Wehe teilgenommen. Wie die Polizei auf unterschiedliche Einsatzlagen reagieren soll, hat unter den Seminarteilnehmern zu

spannenden Diskussionen geführt. Eine Erkenntnis war dabei vollkommen unumstritten: Das Grundrecht auf Demonstrationsfreiheit ist ein hohes Rechtsgut, das es zu schützen gilt. Und zwar unabhängig von dem konkreten politischen Ziel, dem die jeweilige Demonstration gilt. Und unabhängig von der persönlichen Meinung der vor Ort eingesetzten Polizeibeamten.

Wenn Polizisten eine Demonstration schützen, schützen sie deshalb nicht die Meinung der Demonstranten, sondern das Grundrecht auf Demonstrationsfreiheit. So will es im Übrigen auch das Grundgesetz, wie Verfassungsexperte Michael Kniesel in dem Hotline-Seminar noch einmal im Detail erläutert hat. Deshalb ist nach Kniesels Erfahrung auch ein Demonstrationsverbot gegenüber rechtsextremen Parteien in der Praxis kaum durchsetzbar. Erfolgversprechender ist hingegen die Verfügung konkreter Auflagen. Verstoßen die Demonstrationsteilnehmer gegen die Auflagen, ist eine Auflösung der Demonstration rechtlich leichter durchsetzbar. Eine Taktik, die allerdings dann kaum greift, wenn sich Rechtsextreme bei einer Demonstration rechtskonform verhalten und bei ihrer Anmeldung und Durchführung mit der Polizei kooperieren.

Ursache dieses scheinbar paradoxen Phänomens ist die Auslegung von Artikel 8 des Grundgesetzes durch das Bundesverfassungsgericht: Weil das Grundrecht auf Meinungsfreiheit auch für extreme politische Positionen gilt, können Demonstrationen nicht wegen bestimmter politischer Inhalte untersagt werden. Ausnahmen sind nur in sehr engen Grenzen möglich – etwa bei Verherrlichung des Dritten Reichs und bei Ehrverletzung der in Deutschland lebenden jüdischen Bevölkerung.

Einig waren sich die Teilnehmer bei der Bewertung der Duisburger Ereignisse: Die vor Ort eingesetzten Polizeibeamten haben richtig gehandelt, um eine sonst drohende Eskalation der Gewalt zu verhindern. Eine Erkenntnis, die auch den Innenausschuss des Landtags noch beschäftigten wird, voraussichtlich am 20. April. Dann will das Innenministerium die Gutachten vorstellen, die unmittelbar nach den Duisburger Ereignissen in Auftrag gegeben worden waren.

Durchbruch beim Deckelungsbeschluss

Ende Februar hat der jahrelange Widerstand der GdP gegen den Deckelungsbeschluss, durch den die Zahl der Stellen im Bereich von A 12 und A 13 künstlich niedriggehalten wird, erste Früchte getragen. Zum einen will die Landesregierung bis Ende 2014 schrittweise 600 zusätzliche Stellen im gehobenen Dienst schaffen – 450 Stellen sollen auf A 12 entfallen, die übrigen 150 auf A 13. Zum anderen hat Innenminister Ingo Wolf per Erlass klargestellt, dass in Zukunft bei der Verteilung der Beförderungstellen im gehobenen Dienst alle Funktionsbereiche berücksichtigt werden müssen. Grundlage der Verteilung muss die geltende Funktionszuordnung bei der Polizei sein. Vor allem die bislang benachteiligte Führungsfunktion der Dienstgruppenleiter (DGL) muss stärker berücksichtigt werden, fordert der Innenminister.

Mit dem Erlass greift Wolf eine Forderung der GdP auf, die seit Jahren die Beendigung der Schiefelage bei den Beförderungen im gehobenen Dienst anmahnt. Noch im Vorfeld des Erlasses hatte der Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK) versucht, die vom Ministerium angekündigte Ausweitung der

Beförderungsmöglichkeiten im gehobenen Dienst ausschließlich für den Bereich der Kriminalpolizei zu reklamieren – zu Lasten aller anderen Bereiche. Und ist damit gescheitert.

Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand der GdP hat den Erlass des Innenministers begrüßt. „Er bietet die Chance, bestehende Ungerechtigkeiten bei der Polizei zu beenden. Polizeibeamte, die Führungsfunktionen übernehmen, können in Zukunft entsprechend ihrer Funktion bezahlt werden“, erklärte GdP-Vorsitzender Frank Richter. Allerdings wertet die GdP die von der Landesregierung geplanten, vom Landtag noch nicht beschlossenen zusätzlichen Beförderungsmöglichkeiten nur als einen „ersten, wichtigen Schritt“.

Damit Polizeibeamte in allen Bereichen des gehobenen Dienstes entsprechend ihrer Funktion eingruppiert werden können, „muss der Deckelungsbeschluss nicht aufgeweicht, sondern aufgehoben werden“, betonte Richter. Die Abschaffung des leistungshemmenden Deckelungsbeschlusses bleibt deshalb für die GdP weiter auf der Tagesordnung.



Start des Kriminalforums der GdP

Die Fakten sprechen eine deutliche Sprache. Die Kriminalität von Rechts steigt, auch in NRW. Durch das öffentliche Propagieren nationalsozialistischer Thesen, bei der sogenannten Hasskriminalität, durch Volksverhetzung aber auch im Bereich von politisch motivierter Sachbeschädigung. Die davon ausgehende Gefährdung der Demokratie und die Möglichkeiten einer gesellschaftlichen Gegenwehr stehen im Mittelpunkt des ersten Kriminalforums des GdP-Landesbezirks NRW.

Die neue Reihe, die sich in den kommenden Jahren mit wechselnden kriminalpolitischen Themen auseinandersetzen wird, beginnt am 7. Mai 2009 im Düsseldorf Ibach-Saal. Als Referenten der eintägigen Bildungsveranstaltung stehen Fachleute aus dem Bereich Staatsschutz, Wissenschaft und Innenministerium sowie dem benachbarten Ausland zur Verfügung. Neben Fachvorträgen wird eine abschließende Podiumsdiskussion die inhaltliche Aufarbeitung des Themas vertiefen.

Mehr Infos: www.gdp-nrw.de

Anmeldungen: Christel Schemling, GdP-Landesbezirk NRW, Abteilung Bildung, Tel. 02 11/2 91 01 14, E-Mail: christel.schmeling@gdp-nrw.de

Neuer Vertreter im Kontrollausschuss

Hartmut Rulle, Vertreter des BV Münster im Landesbezirkskontrollausschuss, ist vom GVS als Vertreter des Landesbezirks NRW für den Bundeskontrollausschuss benannt worden. Er folgt Rainer Rudnik, der bereits im vergangenen Jahr aus persönlichen Gründen aus dem Gremium ausgeschieden war. Der Bundeskontrollausschuss hat die Aufgabe, die ordnungsgemäße Durchführung der Beschlüsse des Bundeskongresses und die satzungsgemäße Arbeit der Organe der GdP zu kontrollieren. Die Mitglieder des Kontrollausschusses können mit beratender Stimme an den Sitzungen der GdP-Gremien teilnehmen.

Wir sind die GdP



5,9 Millionen Euro ist der Haushaltsentwurf 2009 schwer, über den der Landesbezirksbeirat der GdP Nordrhein-Westfalen Ende März nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe beraten hat. Politisch verantwortlich dafür, dass Ein- und Ausgaben in einem vernünftigen Verhältnis zueinander stehen, sind der Vorstand und GdP-Kassierer Heinrich Senkowski. Aber die täglichen Buchungsvorgänge, die mehr als 1000 Zahlungsbelege und über 500 Überweisungen, die Monat für Monat vom Landesbezirk auf den Weg gebracht werden, werden von einem kleinen Team bearbeitet, von Karla Happel und Teilzeitkraft Michaela Klanke. Wer den beiden bei der Arbeit über die Schulter schaut, merkt schnell, dass Buchhaltung mehr ist als das Organisieren von Zahlungsvorgängen. Nicht nur, weil die Arbeit eine breite Palette unterschiedlicher Tätigkeiten umfasst, von der Abwicklung des Zahlungsverkehrs über die Abrechnung der Reisekosten bis hin zur Durchführung der Monats- und Jahresabschlüsse. Auch die Terminüberwachung gegenüber anderen Unternehmen und den Banken, die Liquiditätskontrolle des Landesbezirks und die Erarbeitung von Einsparvorschlägen gehören mit zum Aufgabenbereich der Abteilung. Wer genauer hinschaut, merkt auch, dass in dieser Abteilung nicht nur über Zahlen entschieden wird, sondern auch über Politik. Auch wenn die inhaltlichen Vorgaben vom Vorstand kommen. Denn nichts ist in einer Gewerkschaft politischer, als eine solide finanzielle Basis für die politische Arbeit.

GdP aktiv

1. 4., 16.30 Uhr, Skat-Turnier der Kreisgruppe Ennepe-Ruhr, Kantine des Kreishauses Schwelm, Hauptstraße 92, Anmeldung: 0 23 36/91 66 15 01

1. – 5. 4., Betreuung der beim NATO-Doppelgipfel in Baden-Baden und Straßburg einsetzten GdP-Kolleginnen und -Kollegen durch den Landesbezirk NRW

2. 4., 10.30 Uhr, Empfang von politischen Gästen aus Anlass des 50. Geburtstags des GdP-Vorsitzenden Frank Richter, Tanzhaus NRW, Düsseldorf

7. – 9. 4., JAV-Wahlen 2009

8. 4., 18.00 Uhr, Skat- und Doku-Turnier der Kreisgruppe Solingen, IPA, Haus Solingen, Locher Str. 91

14. – 17. 4., „Sauerland aktiv“ für GdP-Mitglieder und ihre Familien, Heinsberg/Sauerland, Anmeldung: Petra Neumann, 02 11/2 91 01 13

19. 4., 14.00 Uhr, Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Wuppertal, Polizeipräsidium, Friedrich-Engels-Allee 228

21. 4., 9.00 Uhr, GdP-Motorrad-Sicherheitstraining, Unna, Infos: Petra Neumann, 02 11/2 91 01 13

23. 4., 16.30 Uhr, Skat-Turnier der Kreisgruppe Hamm, Tennisheim SV 26 Heessen, Dolberger Straße, Anmeldung: Kollege Knapkorte, Tel. 0 23 81/8 76 40 34

28. 4., 16.00 Uhr, Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Hamm, Bürgerkeller der AWO, Ostwall 40

29. 4., 16.30 Uhr, Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Paderborn, Hotel Gerold, Dr.-Röring-Damm 170

6. 5., 15.00 Uhr, Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe Solingen, Gaststätte „Brauhaus Wasserturm“, Schlagbauer Str. 125, Solingen



„GdP erleben“ – der erlebnisorientierte Einstieg für neue Mitglieder

Neu in der GdP, oder schon längere Zeit Mitglied, aber noch nie so richtig über Gewerkschaftsfragen bei der Polizei nachgedacht? Hier bietet das Bildungsprogramm des GdP-Landesbezirks NRW das richtige Einstiegsseminar: „Jetzt geht's los – GdP erleben“.

Die GdP präsentiert sich in dem Seminar bewusst nicht mit fertigen Antworten auf alle Fragen, sondern vor allem als Diskussions- und Erlebnisort. Widerspruch ist erwünscht, Ideen sind gefragt, Nachfragen sind notwendig! Gearbeitet wird in dem Seminar deshalb mit einer Vielfalt unterschiedlicher Methoden, mit starker Medienstützung und vielen praktischen Übungen. Ein besonderer Clou ist die Einbeziehung von Elementen der Erlebnispädagogik, von Kooperations- und Outdoorübungen und die Reflexion



Öffentlichkeit, die Diskussion von gewerkschaftlichen Kernzielen und der aktuellen Gewerkschaftspolitik mit Mitgliedern des GdP-Landesvorstandes sind wichtige Bausteine des Seminars.

Das Seminar „GdP erleben“ ist sonderurlaubsfähig. Für Mitglieder ist die Teilnahme kostenlos.

Ort: Bildungshotel Via Stenden/Niederrhein

Nächstes Seminar: 27. – 29. 4. 2009, weitere Termine: 3. – 5. 6. 2009, 14. – 16. 9. 2009.

der selbst erarbeiteten Ergebnisse auf die gewerkschaftliche Praxis „vor Ort“. Auch das Bild der Gewerkschaft in der

Mehr Infos: Christel Schmeling, Tel. 02 11/2 91 01 14.

Die GdP gratuliert

90. Geburtstag

- 10. 4. Wilhelm Kramer, Schloß Holte-Stukenbrock
- 18. 4. Hans Zimmermanns, Monschau
- 20. 4. Maria Redemund, Gescher
- Margot Stöcker, Köln
- 24.4. Maria Wolter, Mechernich

91. Geburtstag

- 17. 4. Gertrud Schippers, Mönchengladbach
- 21. 4. Klara Recker, Duisburg
- 28. 4. Andreas Suckau, Köln

92. Geburtstag

- 1. 4. Helene Schulte, Dortmund
- 5. 4. Helene Bretschneider, Duisburg
- 13. 4. Walter Weber, Wilnsdorf
- 16. 4. Anna Hüsgen, Bornheim
- 25. 4. Käthe Goetzke, Essen

93. Geburtstag

- 4. 4. Josef Michels, Overath
- 13. 4. Ernst Raba, Dinslaken
- 18. 4. Herta Hemmer, Gelsenkirchen
- 27. 4. Peter Jansen, Gangelt

94. Geburtstag

- 1. 4. Bernard Sievers, Bad Lippspringe
- 7. 4. Erna Krause, Düsseldorf
- 10. 4. Theresia Klein, Herne
- 13. 4. Käthe Krus, Düsseldorf
- 27. 4. Friedrich Lang, Moers

95. Geburtstag

- 5. 4. Anna Stab, Recklinghausen
- 19. 4. Josefine Sander, Gelsenkirchen

96. Geburtstag

- 2. 4. Ilse Luckhardt, Dortmund
- 11. 4. Josef Kottsieper, Wuppertal
- Anni Nievel, Essen
- 28. 4. Edith Weinrich, Wuppertal

97. Geburtstag

- 5. 4. Auguste Brand, Schellerten
- 13. 4. Maria Knaack, Mönchengladbach
- 28. 4. Mathilde Schulte, Bochum

98. Geburtstag

- 22. 4. Elisabeth Ribbe, Köln

99. Geburtstag

- 18. 4. Heinrich Heeren, Aachen

Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand der GdP Nordrhein-Westfalen wünscht allen Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe:
Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Geschäftsstelle:
Gudastraße 5–7, 40625 Düsseldorf
Postfach 12 05 07, 40605 Düsseldorf
Telefon (02 11) 2 91 01-0
Internet: www.gdp-nrw.de
E-Mail: info@gdp-nrw.de

Redaktion:
Stephan Hegger (V.i.S.d.P.)
Gudastraße 5–7, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 32
Telefax: (02 11) 2 91 01 46
E-Mail: stephan.hegger@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Anzeigenleiter: Daniel Dias
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 31
vom 1. Januar 2008

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42–50, 47608 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6462

Redaktionsschluss für die Mai-Ausgabe ist der 6. April.

GdP-Service GmbH NRW:
Gudastraße 9, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 44/45
Telefax: (02 11) 2 91 01 15
Internet: www.gdp-service-nw.de
E-Mail: penguin@gdp-service-nw.de



Aktuelle Angebote

Ihres **GdP-Reisebüro**

in Kurzfassung - April 2009



Jahresabschlussfahrt mit Programmvorstellung 2010 - jetzt zum Frühbucherpreis -



29. November - 2. Dezember 2009

MS Bellissima****

Köln - Bonn - Koblenz - Cochem - Köln

**Gönnen Sie sich Ihre persönliche "Aus-Zeit" um
tief durchzuatmen, Ruhe und Besinnlichkeit einer
Fluss-Kreuzfahrt zu erleben, mit uns das Reisejahr 2010
zu entdecken und alte Freunde zu treffen!**

**Reisepreis pro Person
ab € 239,-**

**inklusive 3 Übernachtungen in der gebuchten Kabine,
Vollpension, Begrüßungscocktail, Kapitänsdinner,
Unterhaltungsprogramm u.v.m.**

**Wir würden uns freuen, Sie an Bord persönlich begrüßen zu dürfen!
Bitte fordern Sie weitere Informationen bei uns an!**

GdP-Service GmbH NRW • Gudastr.9 • 40625 Düsseldorf

Tel.: 0211/29101-44/45/64 • Fax: 0211/29101-15 • www.gdp-service-nw.de • pinguin@gdp-service-nw.de

Internationaler Frauentag

Arbeit bei der Polizei – das war lange Zeit eine Männerdomäne. Frauen wurden nur in Randbereichen beschäftigt – wenn sie überhaupt eingestellt wurden. Diese Zeiten sind längst vorbei, zumindest auf den ersten Blick. Seit Jahren ist unter den Kommissaranwärterinnen und -anwärtern, die im Herbst für die Ausbildung als Polizeibeamte in Nordrhein-Westfalen eingestellt werden, gut die Hälfte weiblich. Doch auf den zweiten Blick gibt es auch bei der Polizei in NRW bei der Gleichstellung von Frauen und Männern erhebliche Defizite, insbesondere bei der Besetzung von Führungspositionen.

Die Frauengruppe der GdP hat deshalb den Internationalen Frauentag am 8. März genutzt, um alle Leiterinnen und Leiter von Kreispolizeibehörden in NRW mit Hilfe einer Postkarte aufzufordern, in ihrem Bereich Frauen stärker bei der Vergabe von Führungsfunktionen zu berücksichtigen.

„Frauen machen einen guten Job, doch den meisten bleibt der Aufstieg in

die Führungsebenen nach wie vor versperrt – obwohl sie in der Ausbildung häufig besser abschneiden als ihre Kollegen“, stellen die GdP-Frauen fest. Auch bei der Polizei sei die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern von den gesetzlichen Vorgaben weit entfernt. Ein Grund: „Noch immer erhalten Frauen in der Polizei unverdient schlechte Beurteilungen“. Um das zu ändern, sehen die GdP-Frauen die Leiterinnen und Leiter der Polizeibehörden in der Pflicht: Sie müssen in ihrem Bereich für eine diskriminierungsfreie Beuteilung von Leistungen und für faire Aufstiegschancen für Frauen sorgen.



Die Postkartenaktion ist Teil einer DGB-Kampagne zum Internationalen Frauentag 2009, mit der Gewerkschafterinnen aus allen Branchen ihre Arbeitgeber aufgefordert haben, mehr für diskriminierungsfreie Aufstiegschancen von Frauen, für familiengerechte Arbeitszeiten und die gleiche Bezahlung von Frauen und Männern zu tun.

Werbeaktion 2009 Glücksnummern des Monats

45 07178
Werner Beule, Ennepe-Ruhr
45 12820
Britta Kortas, Essen
45 15987
Katharina Gieser, Bonn
45 16561
Moritz Nähler, Bielefeld

Die Gewinner erhalten eine Sport- und Reisetasche SPORTS.

Senioren aktuell

Kreisgruppe Bottrop/Gladbeck

7. April, 16.00 Uhr, Infoveranstaltung „Erben und Vererben“, Kantine des Finanzamtes Bottrop

Kreisgruppe Soest

15. April, 15.00 Uhr, Seniorenstammtisch, Stadtparkcafe, Im Stadtpark 1, Soest

Kreisgruppe Wuppertal

14. April, 14.30 Uhr, Mitgliederversammlung der Seniorengruppe, Vorstandswahlen, Verwaltungsgebäude/Polizeiwache Wuppertal-Langerfeld (Hintereingang), Schwelmer Str. 15a

NACHRUF

Alhorn, Katharina	05.07.1917	Essen	Kratz, Hans	12.06.1946	LKA
Altena, Helga	21.11.1925	Viersen	Kraus, Maria	15.02.1920	Krefeld
Beer, Josef	10.12.1919	Oberhausen	Meyer, Hans-Gerd	15.08.1951	Erftkreis
Behlert, Klara	16.10.1913	Recklinghausen	Möllmann, Edith	31.03.1922	Autobahnpolizei Düsseldorf
Beißner, Ilse	25.02.1920	Bielefeld	Mühmert, Josefine	14.07.1921	Wesel
Bendorf, Georg	30.07.1959	Essen	Nakoinz, Irmgard	22.05.1925	Gelsenkirchen
Berndt, Alma	20.08.1922	Oberhausen	Narloch, Günter	15.07.1934	Unna
Birkner, Willi	08.05.1925	Bonn	Peters, Anneliese	26.05.1925	Mettmann
Blendin, Christine	20.04.1925	Essen	Ransiek, Edith	07.08.1913	Gütersloh
Borowiak, Norbert	03.09.1931	Bottrop/Gladbeck	Romanschek, Josef	12.04.1914	Essen
Claus, Heinrich	06.05.1927	Dortmund	Rosanka, Teofil	14.12.1928	Essen
Conrad, Walter	27.05.1911	Gelsenkirchen	Rybiak, Norbert	13.03.1953	Bottrop/Gladbeck
Drees, Hans	20.01.1927	Neuss	Saam, Ruth	01.01.1923	Wuppertal
Dzietko, August	30.03.1914	Bochum	Schröter, Fritz	06.08.1914	Märkischer Kreis
Fischer, Gabriele	12.06.1952	Siegen	Schütz, Maria	16.05.1914	Bottrop/Gladbeck
Gerhards, Katharina	13.02.1920	Kleve	Semmerling, Ursula	23.04.1916	Dortmund
Haarmann, Erika	15.02.1927	Märkischer Kreis	Sikoll, Fritz	27.09.1933	Recklinghausen
Habel, Günter	28.05.1930	Dortmund	Simons, Heinz	19.05.1943	Heinsberg
Heckerth, Heinrich	19.02.1914	Oberbergischer Kreis	Ullrich, Herbert	07.05.1924	Borken
Heinzel, Hans-Günter	25.02.1935	Köln	von Hall, Anni	07.08.1920	Mönchengladbach
Hermes, Luzie	16.06.1925	Hagen	Weiß, Hans	05.09.1919	Bielefeld
Hintz, Ursula	15.03.1936	Euskirchen	Wiese, Gerhard	04.08.1934	Gütersloh
Hippmann, Johannes	01.05.1945	Essen	Winnig, Hansjörg	17.02.1937	Bielefeld
Höfer, Fritz	11.04.1917	Wasserschutzpolizei NRW	Wollbrinck, Lothar	19.09.1940	Duisburg
Jopen, Karl Heinz	14.02.1938	Heinsberg	Zakan, Herbert	25.04.1920	Gelsenkirchen
Kosmecki, Heinz-Günter	17.04.1935	PAI Bochum			

